

Antrag

Initiator*innen: Miriam Kühnl, Maximilian Diesenbacher

Titel: **Für ein feministisches Gesundheitssystem in Augsburg: Schwangerschaftsabbrüche enttabuisieren, Gesundheitsversorgung verbessern**

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Augsburg fordert, dass der Stadtverband von BÜNDNIS 90/DIE
2 GRÜNEN Augsburg sich im Rahmen der Kommunalwahl 2026 klar für eine
3 queerfeministische, inklusive und barrierefreie Gesundheitsversorgung einsetzt.
4 Insbesondere beim Thema Schwangerschaftsabbruch braucht es endlich
5 Verbesserungen – die aktuelle Versorgungslage ist unhaltbar.

6 Der Vorstand der GRÜNEN JUGEND Augsburg wird beauftragt, diese Forderungen im
7 Namen der GRÜNEN JUGEND Augsburg – in Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedern – im
8 Prozess der Erarbeitung des Wahlprogramms zur Kommunalwahl 2026 des
9 Stadtverbands Augsburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegebenenfalls durch
10 Änderungsanträge zu diesem Wahlprogramm einzubringen, sodass die hier
11 formulierten inhaltlichen Ziele Einzug in das Wahlprogramm finden. Es ist dem
12 Vorstand dabei insbesondere erlaubt, bereits im Wahlprogramm enthaltene
13 Forderungen nicht nochmal zu stellen und Formulierungen an den bestehenden Text
14 anzupassen. Dabei darf aber in keinem Fall der inhaltliche Sinn dieses Textes
15 verändert werden. Der Vorstand der GRÜNEN JUGEND Augsburg hat über das Vorgehen
16 bei der Einbringung und über die Ergebnisse bei der nächsten
17 Mitgliederversammlung Rechenschaft abzulegen.

18 **Gesundheitsversorgung braucht feministische Perspektiven**

19 Gesundheit ist ein Menschenrecht. Trotzdem werden in Forschung, Praxis und

20 Versorgung noch immer überwiegend cis-männliche Körper als medizinische Norm
21 betrachtet. Erkrankungen, die spezifisch Frauen, inter, nicht-binäre, trans und
22 agender Personen betreffen, werden zu wenig erforscht und behandelt – mit
23 drastischen Folgen für Betroffene. Auch Wissen über Menstruation, Verhütung oder
24 sexuell übertragbare Infektionen wird nicht niedrigschwellig vermittelt. Das
25 muss sich ändern.

26 Die Stadt Augsburg muss sich hier aktiv positionieren und regelmäßig
27 öffentlichkeitswirksame und mehrsprachige Informationskampagnen zur sexuellen
28 und reproduktiven Gesundheit auf den Weg bringen. Dazu gehören beispielsweise
29 digitale Anzeigen in öffentlichen Verkehrsmitteln, Plakate in öffentlichen
30 Einrichtungen, sowie Broschüren, die über Krankheiten, Vorsorge und körperliche
31 Selbstbestimmung informieren. Auch digitale Formate – etwa über die städtischen
32 Social-Media-Kanäle – sollen in enger Zusammenarbeit mit dem
33 Gleichstellungsbüro, dem Gesundheitsamt, sowie queerfeministischen Akteur*innen
34 umgesetzt werden. Diese Materialien sollen barrierefrei und mehrsprachig
35 bereitgestellt werden. Ergänzend braucht es niedrigschwellige und barrierefreie
36 Veranstaltungsreihen, Workshops und Vorträge zu Themen wie Menstruation,
37 Verhütung, reproduktive Rechte und Schwangerschaftsabbrüche. Diese
38 Veranstaltungen sollen gemeinsam mit queerfeministischen Initiativen aus der
39 Stadtgesellschaft, Fachstellen und medizinischem Personal konzipiert werden.
40 Darüber hinaus sollen in allen städtischen Gebäuden Menstruationsprodukte
41 kostenfrei zur Verfügung stehen. Die Stadt soll ferner ein Programm konzipieren,
42 das Wohnungslosen Menstruationsprodukte kostenlos zugänglich macht.

43 **Versorgungslage verbessern: Schwangerschaftsabbrüche** 44 **ermöglichen**

45 In einer Stadt wie Augsburg – der drittgrößten Stadt Bayerns – ist es ein
46 Skandal, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht angeboten werden können. Stand
47 November 2024 gab es in Augsburg keine Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche
48 durchführen. Schwangere, die sich für einen Abbruch entscheiden, werden durch
49 lange Fahrtwege, etwa nach München oder Ulm, unnötig zusätzlich belastet.
50 Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Gesundheitsversorgung und müssen
51 wohnortnah, sicher und unkompliziert zugänglich sein – ohne moralische
52 Verurteilung und unnötige Hürden.

53 Die Stadt Augsburg muss hier Verantwortung übernehmen und sich aktiv gegen die
54 Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen stellen und Informationen
55 bereitstellen, die Betroffene wirklich unterstützen. Dazu gehört eine städtische
56 Informationsseite mit verständlichen und mehrsprachigen Inhalten zum Ablauf
57 eines Abbruchs, zu Beratungsstellen, rechtlichen Rahmenbedingungen und
58 medizinischen Angeboten. Außerdem muss die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt

59 deutlich machen, dass Schwangerschaftsabbrüche ein Teil der
60 Gesundheitsversorgung sind und als solche keine Tabuisierung und Stigmatisierung
61 mit sich bringen dürfen.

62 Darüber hinaus fordern wir, dass sich die Stadt proaktiv für den Ausbau der
63 medizinischen Versorgung einsetzt. Ärzt*innen, die Abbrüche durchführen oder
64 entsprechende Fortbildungen planen, sollen gezielte Unterstützung erhalten, etwa
65 durch Beratungen zu Fördermöglichkeiten oder durch Hilfe beim Aufbau eigener
66 Praxen. Ebenso soll die Stadt ihre Einflussmöglichkeiten nutzen, um das
67 Universitätsklinikum Augsburg in die Pflicht zu nehmen, Schwangerschaftsabbrüche
68 als festen Bestandteil der medizinischen Aus- und Weiterbildung zu verankern.

69 **Reproduktive Rechte gemeinsam stärken**

70 Medizinische Grundversorgung für alle entsteht nicht im Alleingang. Die Stadt
71 Augsburg muss die bereits engagierten Gruppen, Vereine und Initiativen, die sich
72 für reproduktive Rechte und eine inklusive Gesundheitsvorsorge, die auch die
73 Bedürfnisse von inter, nicht-binären, trans und agender Personen vertreten,
74 einsetzen, dauerhaft und institutionell stärken. Ihre Arbeit muss sichtbar
75 gemacht und systematisch in die kommunale Gesundheits- und
76 Gleichstellungspolitik eingebunden werden.

Begründung

erfolgt mündlich